



# Parteien gefährden die Demokratie

verloren, nur die SVP legte zu, weil sie die Innerschweiz und die Romandie eroberte

## Parteimitglieder

	Mitglieder 1998	Veränderung seit 1990 in Prozent
FDP	87 000	-25
CVP	74 000	-27
SVP	59 000	+13
SP	38 000	-15
GPS	6 000	-7
EVP	3 500	-4
LPS	10 000	-39
<b>Total</b>	<b>300 000</b>	<b>-20</b>

■ Mitglieder ■ Parteiaktive

- In der Schweiz gibt es mehr als 5000 Parteisektionen
- Anteil der Bundesparteien (FDP, CVP, SVP, SP) 75 bis 80%
- Anteil andere nationale Parteien (GPS, LPS, EVP usw.) 12,5%
- Anteil gemeindespezifische Gruppierungen 12,5%

Quelle: Studio Ladner/Meuil Grafik: AZ/Erik Scholz



Ohne Parteien keine Demokratie Nicht nur für den politischen Willensbildungsprozess sind Parteien unersetzlich.

DOROTHEA MÜLLER/KEYSTONE

gung wandten sich viele der SP zu. Dieser Trend konnte nicht verlängert werden.

### Feminisierung der Parteien

Wurde in den 1980er-Jahren der Rückgang der Parteienbasis durch den späten Einbezug der Frauen in das politische Geschehen noch kaschiert, scheint die Mobilisierung des weiblichen Geschlechts in den letzten Jahren an ihre Grenzen gestossen zu sein. So ist seit 1990 die Zahl der aktiven Frauen in den Lokalsektionen rückläufig. Allerdings ist diese negative Entwicklung primär auf die CVP zurückzuführen, bei der die Zahl der aktiven Frauen um gegen 50 Prozent geschrumpft ist. In den anderen Parteien

hat sich die Präsenz nur minim verändert, in der FDP und SVP ist sie leicht zurückgegangen, in der SP hat sie leicht zugenommen.

Die Männerzahlen bei den Parteiaktiven sind regelrecht eingebrochen, und das in praktisch allen Parteien. Am stärksten ist auch hier die CVP mit einem Verlust von mehr als 40 Prozent betroffen. Aber auch in der FDP mit einem Drittel und in SVP und SP mit einem Viertel sind die Rückgänge aktiver Männer massiv.

Zumindest eine positive Auswirkung hat diese Erosion der Männerzahlen an der Parteibasis. Die Geschlechterverhältnisse haben sich trotz Stagnation der Frauen angeglichen. Heute liegt der Frauenanteil bei den Parteiaktiven bei

rund 37 Prozent gegenüber 32 Prozent vor 14 Jahren. Bei FDP, CVP und FDP liegt der Anteil der Frauen zwischen 32 und 34 Prozent, bei der SP und der EVP bei 43 Prozent und bei den Grünen bei über 50 Prozent. Bei den bürgerlichen Parteien hat die Angleichung vor allem deshalb stattgefunden, weil der Rückgang bei den Männern deutlich grösser war als bei den Frauen. Bei der SP, wie auch bei den Grünen, stehen den Rückgängen bei den Männern aufseiten der Frauen positive Zuwachsraten gegenüber.

### Rekrutierungsprobleme

Die zahlreichen kleinen Schweizer Gemeinden bringen es mit sich, dass eine beachtliche Zahl von Personen

grundsätzlich bereit sein muss, politische Verantwortung zu übernehmen. Auf Gemeindeebene dürften schätzungsweise zwischen 150 000 und 170 000 Ämter zu besetzen sein. Auch wenn nicht alle Ämter von Parteivertretern eingenommen werden, tragen die Parteien doch die Hauptlast bei der Rekrutierung der Kandidatinnen und Kandidaten.

Besonders schwer tun sich die Parteien bei der Besetzung der zeitintensiven Exekutivämter in den mittelgrossen Gemeinden. Für die prestigeträchtigen Mandate in den Städten stehen demgegenüber genügend Leute zur Verfügung. Insgesamt etwas leichter ist es bei den Sitzen in den Kommissionen, aber auch hier beträgt der Anteil

der Parteien mit Rekrutierungsschwierigkeiten noch mehr als 40 Prozent. Da diese Rekrutierungsprobleme bei allen Parteien in gleichem Masse auftreten, kann davon ausgegangen werden, dass es sich um ein gesellschaftliches Phänomen handelt. Ähnliche Besetzungssorgen plagen die Lokalparteien auch bei parteiinternen Ämtern. Beinahe 50 Prozent der Lokalparteien geben an, ernsthafte Schwierigkeiten zu haben, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für die verschiedenen Parteiämter zu finden. Auch hier sind die Differenzen zwischen den Parteien gering. SP und CVP haben am meisten, die SVP am wenigsten Mühe, Leute für die parteiinterne Arbeit zu motivieren.

## Regional-Hochburgen

Krisenindex Erosionstendenzen zusammengefasst

Nicht alle Kantone und nicht alle Parteien sind in gleichem Masse von den Erosionstendenzen und Krisenerscheinungen betroffen. Fasst man die rückläufigen Mitglieder- und Aktivanzahlen, die Rekrutierungsschwierigkeiten für Partei- und politische Ämter, die rückläufige Präsenz im politischen Leben der Gemeinde und den häufigen Rückgriff auf parteiexterne Kandidatinnen und Kandidaten zu einem Krisenindex zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Am wenigsten Krisensymptome zeigt mit Abstand die SVP. Danach folgen SP, CVP und FDP.

Problematische Kantone für die SVP sind vor allem BE, UR und GR, in denen sie über dem gesamtschweizerischen «Krisenmittelwert» liegt. Die SP scheint vor allem in den Kantonen BE, SZ, GL, ZG, BL, AG und TG über grössere Schwierigkeiten an der Basis zu verfügen. Bei der CVP machen sich die Erosionstendenzen in der Mehrheit der Kantone bemerkbar. Am besten scheint es den CVP-Lokalparteien in den Kantonen SZ, GR, TG, TI und VS zu

gehen. Auch bei der FDP sind in einer grossen Zahl der Kantone die Erosionstendenzen deutlich spürbar. Etwas weniger gross scheint hier der Druck in den Kantonen ZG, FR, SH, TG, TI und VS zu sein.

### In kleineren Gemeinden kritischer

In der Regel gilt für die Parteien, dass der Krisenindex für die verschiedenen Parteien in den grösseren Gemeinden tiefer liegt als in den kleinen Gemeinden. Eine Ausnahme bildet die FDP. Hier weisen die Lokalparteien in den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern den grössten Wert auf.

Zu den Kantonen, in denen die Erosionstendenzen an der Basis über alle Parteien gesehen ausgesprochen stark sind, gehören LU, GL, SO, BL, SG und AG. Dabei gilt in der Regel, dass FDP, CVP und SP Schwierigkeiten haben, während es der SVP verhältnismässig gut geht. Im Kanton Bern zeigen sich die Erosionstendenzen bei allen vier Bundesratsparteien. Hier geht es dafür den kleineren Parteien (EVP, EDU, Grüne) eher besser. (ala/meu)

## Krisenindikator

Kanton	alle	FDP	CVP	SVP	SP
ZH	4.7	5.9	6.0	3.4	4.0
BE	4.1	5.3	5.6	5.3	5.6
LU	5.3	5.7	6.7	1.6	3.9
UR	4.9	5.5	5.9	5.0	2.3
SZ	4.7	6.2	4.3	3.3	5.2
NW	4.3		5.5		
GL	5.8	5.8	5.9	4.0	6.6
ZG	3.3	0.7	5.0	2.9	5.4
FR	3.9	3.0	4.9	3.0	4.8
SO	5.7	5.4	7.0		4.9
BS	1.5				2.0
BL	5.2	5.3	5.6	3.4	6.1
SH	3.6	2.3	9.1	2.0	4.3
AR	3.5	5.7	5.0	1.8	2.0
AI	4.4				
SG	5.9	5.5	6.6	3.4	6.0
GR	3.4	4.3	1.9	4.2	3.3
AG	5.3	5.2	6.3	4.1	6.4
TG	4.2	3.7	3.0	3.4	6.6
TI	3.5	3.4	4.0		3.3
VD	2.9	4.4	0.7	1.6	3.5
VS	3.3	3.3	4.0	0.5	3.2
NE	3.6	5.0	13		4.0
GE	2.5		4.9	3.0	3.3
JU	4.1	5.1	3.0	0	4.6
<b>Total</b>	<b>4.2</b>	<b>5.2</b>	<b>5.0</b>	<b>3.8</b>	<b>4.7</b>

gewichtete Werte  
Quelle: Studio Ladner/Meuil Grafik: AZ/Erik Scholz

## UND DIE ZUKUNFT?

### Zwischentief oder tiefgreifender Wandel?

Wie dramatisch sind die Entwicklungen in den Lokalparteien? Handelt es sich um ein konjunkturelles Tief oder versteckt sich dahinter ein tiefgreifender Wandel der politischen Landschaft? Ganz ähnlich wie in anderen Problemfeldern gilt auch hier, dass die Klagen über die Erosionstendenzen an der Basis der Parteien auf einem hohen Niveau stattfinden. Das Schweizer Parteiensystem auf lokaler Ebene ist nach wie vor relativ vital, es gibt eine grosse Zahl an Lokalparteien und nach wie vor relativ viele Parteimitglieder. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Parteien vor einer ernsthaften Krise stehen. Gesellschaftliche Veränderungen hin zu mehr Individualität und die Möglichkeit aus verschiedenen Lebensformen wählen zu können (oder müssen) haben zu einer allgemein sinkenden Attraktivität von traditionellen Institutionen geführt. Mit der Leistungsfähigkeit der Parteien steht das schweizerische politische Modell mit seiner feingliedrigen, föderalistischen Struktur auf dem Prüfstand. Der grosse Bedarf an politischem Personal in der Schweiz ist durchaus positiv. Je mehr Leute ein politisches Amt

übernehmen, desto grösser ist das soziale Kapital einer Gesellschaft, und das hat positive Auswirkungen auf das alltägliche Leben und schliesslich auch auf die Wirtschaft. Gelingt es den Parteien angesichts der dünner werdenden Personaldecke in Zukunft nicht mehr, für diese zahlreichen Ämter genügend geeignete Personen zu rekrutieren, so kann diese politische Feingliederung nicht mehr aufrechterhalten werden. Lange Zeit waren die parteipolitischen Verhältnisse in der Schweiz ausgesprochen stabil. Ursache dafür war nicht zuletzt auch die feste Verankerung der Parteien in bestimmten Segmenten der Bevölkerung. Es ist nicht zufällig, dass diese Erosionstendenzen an der Basis der Parteien in eine Zeit fallen, in der auch das Parteiensystem stärker in Bewegung geraten ist. Ohne eine feste Verankerung der Parteien in den Gemeinden sind grössere Wählerstimmenschiebungen zu erwarten. Dies macht zwar die Politik spannender, stellt aber das Konkordanzsystem mit seiner Vorliebe für stabile politische Verhältnisse vor grosse Herausforderungen. (ala/meu)